Bericht über die Sitzung 2/2014 des Hauptausschusses am 26. Juni 2014 in Bonn

GUNTHER SPILLNER

Leiter Büro Hauptausschuss im BIBB

Die allgemeine WM-Begeisterung lenkte den Hauptausschuss des BIBB in seiner Sommersitzung nicht davon ab, sich unter Leitung von ELKE HANNACK, DGB, auf seine Aufgaben zu konzentrieren und aktuellen berufsbildungspolitischen Themen zu widmen. Hierzu gehörten die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zum Verhältnis von beruflicher und akademischer Bildung und das finanziell deutlich ausgeweitete Sonderprogramm des Bundes zur »Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen Fachkräften aus Europa« (MobiPro-EU). Auftakt zur Sitzung bildete zunächst aber ein Bericht zu Aufgaben und Zielen der Bundesregierung für die laufende Legislaturperiode.

Berufliche Bildung 2014 bis 2017

Für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) informierten KORNELIA HAUGG und THOMAS SONDERMANN über Grundlage und Ziele der Regierungsarbeit in den kommenden drei Jahren. Zentrale berufsbildungspolitische Themen seien der Übergang von der Schule in betriebliche Ausbildung, die Fachkräftesicherung und Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung. In der Berufsbildung sollte möglichst jeder junge Mensch zu einem Abschluss geführt, jedem Abschluss eine Anschlussmöglichkeit eröffnet und die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen gefördert werden. Zur Verhinderung von Schulabbrüchen und zur Verbesserung der Übergänge von der Schule in die duale Berufsausbildung werde die Bildungsketten-Initiative des BMBF fortgesetzt. Es gehe um die passgenauere Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf, den Rückbau des Übergangsbereichs und gemeinsame Lösungen in Sachen assistierte Ausbildung, um gemeinsam mit allen Ländern zu einem für jedes Land konsistenten Gesamtsystem zu kommen. Die Umsetzung der Inklusion und die damit einhergehenden

Veränderungen in der beruflichen Bildung seien eine andere wichtige Aufgabe. Zur Förderung der Durchlässigkeit sollen bessere Anrechnungsmöglichkeiten geschaffen, das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz genutzt und hybride Qualifikationen entwickelt werden. Unter dem Stichwort »Weiterlernen« seien Alphabetisierung und Grundbildung wichtig, hier insbesondere die arbeitsplatzorientierte Grundbildung. Die internationale Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung bleibe ein Schwerpunktthema. Für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) berichtete STEFAN SCHNORR anschließend über Stand und Planungen in Bezug auf die »Allianz für Aus- und Weiterbildung«.

Verhältnis von beruflicher und akademischer Bildung

Als Vorsitzender des Wissenschaftsrats informierte Prof. Dr.-Ing. WOLFGANG MARQUARDT über den Entstehungskontext der Empfehlungen zum Verhältnis von beruflicher und akademischer Bildung, über die Leitlinien der Empfehlungen und die Balance zwischen akademischer und beruflicher Bildung sowie über die als zentral identifizierten Handlungsfelder. Hierbei handle es sich um die Ausbildungsentscheidungen von Schulabgängerinnen und Schulabgängern, um Übergänge zwischen beruflicher und akademischer Bildung und um hybride Ausbildungsformate. Fähigkeits- und interessen geleitete Bildungsentscheidungen müssten durch geeignete Angebote gefördert sowie vielfältige und flexibel anpassbare Bildungswege eröffnet werden. Für Durchlässigkeit und Verzahnung von beruflicher und akademischer Bildung sei die gegenseitige Anrechnung und Anerkennung zentral. Beides sei sehr viel einfacher und in der Breite zu realisieren, wenn gegenseitig anrechenbare Module existierten.

Mitglieder aller Bänke dankten MARQUARDT und dem Wissenschaftsrat für die enorme Hilfe und Unterstützung, die die Empfehlungen im Interesse einer Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung leisteten. Man sei beeindruckt und überrascht von der Breite, der Wertigkeit und dem offenen »Geist« der Empfehlungen. DGB und

Kammerorganisationen machten deutlich, dass aus ihrer Sicht Modularisierung nicht der Lösungsweg sein könne. Der Nachweis der beruflichen Handlungskompetenz durch eine umfassende Berufsabschlussprüfung sei unentbehrlich. MARQUARDT gab zu bedenken, dass auch im universitären Bereich vergleichbare Einwände gegen den Bologna-Prozess bestanden hätten und teilweise noch bestünden. Durchlässigkeit und Verzahnung seien aber nicht ohne Möglichkeiten für kontinuierliche Übergänge und mehrdimensionale Einschätzungen möglich; für eine Umsetzbarkeit brauche man verbindliche und allgemein anerkannte Module. Es sei wichtig, sich dem Thema ideologiefrei, geduldig und mit langem Atem zu widmen.

MobiPro-EU

Dr. DAGMAR BEER-KERN informierte für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) über den aktuellen Sachstand und Perspektiven des Sonderprogramms des Bundes zur »Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen Fachkräften aus Europa« (MobiPro-EU). Es sei kein Regelinstrument und auch nicht dazu gedacht, den gesamten europäischen Bedarf zu decken. Wegen des großen Interesses würden die Haushaltsmittel für 2014 noch einmal aufgestockt. Ab 2015 werde sich das Sonderprogramm auf die Förderung von ausbildungsinteressierten jungen Menschen aus der Europäischen Union konzentrieren; Fachkräfte würden dann nicht mehr unterstützt. Voraussichtlich könnten im nächsten Jahr über 2000 junge Menschen durch Projekte gefördert werden. Auf Anregung der Länder könnten künftig vermehrt regional aufbereitete Informationen an diese gegeben werden, damit auf die Umsetzung des Sonderprogramms vor Ort besser Einfluss genommen werden könne.

Kompetenzorientiert formulierte Ausbildungsordnungen

Einvernehmlich wurde die »Empfehlung zur Struktur und Gestaltung von Ausbildungsordnungen – Ausbildungsberufsbild, Ausbildungsrahmenplan« verabschiedet, die klare Qualitätsmaßstäbe für die Ordnungsarbeit setzt. Mit der Umsetzung dieser Empfehlung sollen Kompetenzorientierung und das Kompetenzverständnis des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) verstärkt Eingang in Ausbildungsordnungen finden. Diese Empfehlung soll auf alle Ordnungsverfahren, die mit dem Antragsgespräch 2015 beginnen, Anwendung finden. Der Hauptausschuss wird die Anwendung der Empfehlung in der Ordnungspraxis begleiten und nach fünf Jahren eine Evaluierung veranlassen. Unter Berücksichtigung der Evaluationsergebnisse soll diese Empfehlung fortgeschrieben werden. Von beiden

Sozialpartnern wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Handlungsfelder (bisher Berufsbildpositionen) nur auf Ausbildungsordnungen, nicht auf Prüfungen beziehen.

Weitere Themen

Der Hauptausschuss setzte eine neue Arbeitsgruppe ein, die eine Empfehlung (»Blaupause«) zur vollzeitschulischen Ausbildung nach BBiG-Berufen und zu Assistentausbildungen nach Landesrecht, zur Abgrenzung der Ausbildungsgänge und Erarbeitung von Prüfkriterien als Grundlage für eine Empfehlung erarbeiten soll. Zur Beratung von Möglichkeiten und Grenzen der Überführung von Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens soll darüber hinaus ein Workshop stattfinden, um Gelegenheit zu bieten, sich über den Status quo und darüber zu informieren, welche Rolle eine Dualisierung dieser Berufe spielen könnte. Im Rahmen des Workshops sollen auch die aktuellen Finanzierungsströme betrachtet werden.

Der Hauptausschuss beauftragte seine Arbeitsgruppe Ausbildungspersonal, einen Empfehlungsentwurf zur Auslegung der im BBiG geltenden Vorgaben zur Präsenz von Ausbilderinnen und Ausbildern zu erarbeiten. Besonders berücksichtigt werden sollen dabei die Qualitätsstandards des BBiG und die vielfältigen Veränderungen der betrieblichen Kommunikations- und Kooperationsformen durch neue Medien, durch die Flexibilisierung von Arbeitszeiten, neue Arbeitszeitmodelle und Betriebsformen in Unternehmen aller Größenordnungen und Branchen.

Der Hauptausschuss stimmte darüber hinaus der Verordnung über die Berufsausbildung zum/zur Rechtsanwaltsgehilfen/-in, Notargehilfen/-in, Rechtsanwalts- und Notargehilfen/-in und Patentanwaltsgehilfen/-in (ReNoPat) zu. Beschlossen wurden außerdem Verordnungen über die Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss Geprüfte/-r Fachwirt/-in für Marketing, Geprüfte/-r Fachwirt/-in für Einkauf und Geprüfte/-r Fachmann/Fachfrau für kaufmännische Betriebsführung nach der Handwerksordnung sowie die Dritte Verordnung zur Änderung und Aufhebung von Fortbildungsprüfungsverordnungen und die Verordnung über die Eignung der Ausbildungsstätte für die Berufsausbildung zum Milchwirtschaftlichen Laboranten/zur Milchwirtschaftlichen Laborantin.

Der Hauptausschuss stellte schließlich den Haushaltsplan des Instituts für das Haushaltsjahr 2014 fest und nahm die mittelfristige Finanzplanung des BIBB für die Jahre 2013 bis 2017 zur Kenntnis. ◀